

über die Verwendung der von ihm überwiesenen Gelder zu gewähren.

Das bestehende System hat zweifellos erhebliche Mängel. Dazu gehört das „Garantieprinzip“, das auf der Unterscheidung zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Ländern beruht. Leistungsschwach sind solche Länder, deren Auskommen, aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf den Kopf ihrer Bevölkerung berechnet, um mehr als 20 Prozent hinter dem Reichskopfdurchschnitt zurückbleibt. Bei solchen Ländern wird die Differenz bis zur Grenze von 20 Prozent ausgefüllt, oder mit anderen Worten, sie bekommen ihren zu geringen Kopfdurchschnitt bis zu 80 Prozent des Reichskopfdurchschnitts ergänzt, außer dem normalen Anteil an den Überweisungen, der ihnen auf Grund ihres Gesamtauskomens gebührt. Also wenn z. B. ein leistungsschwaches Land im Kopfdurchschnitt 2 Mark aus den genannten Steuern ausbringt, während der Reichskopfdurchschnitt angenommen 5 Mark beträgt, so erhält es je 2 Mark auf den Kopf seiner Bevölkerung vom Reich verfügt, damit der Landeskopfdurchschnitt in Höhe von 80 Prozent des Reichskopfdurchschnitts, gleich 4 Mark, erreicht wird. Diese Methode führt dazu, daß weniger steuerstarken Länder zum Teil auf Kosten der steuerstärksten leben, und daß solche kleinere Länder, die zur Bebauung ihrer Selbständigkeit wirtschaftlich nicht mehr fähig sind, künftig vom Reich aufgepäppelt werden.

Ein anderer fundamentaler Mangel ist darin zu erkennen, daß die Länder und Gemeinden durch das Bemühen, vom Tische des Reiches aus ernährt zu werden, zu vermehrten Ausgaben verleitet und infolgewegfalls der eigenen Verantwortung für ihre Finanzabhandlung in ihrem Sparinstinct geweckt werden. Von vielen Seiten wird daher gefordert, daß den Ländern und Gemeinden die finanzielle Selbständigkeit wenigstens teilweise durch das Zuschlagsrecht zurückerobert werden soll. Grundsätzlich kann man dagegen nicht das mindeste einwenden. Praktisch aber hat die Sache ihre großen Bedenken wegen der sozialistischen Einflüsse, die sich unter der Herrschaft des übersteigerten parlamentarischen Prinzips in den Ländern und Gemeinden geltend machen und von denen mit Recht zu fürchten ist, daß durch sie der Besitz mit Hilfe der Zuschläge in unerträglicher konfiskatorischer Weise die Verhandlungen über den Finanzausgleich dienen kann.

belastet würde. Das Zuschlagsrecht ist daher nur diskutabel, wenn gleichzeitig starke Sicherungsmaßnahmen gegen seinen Missbrauch ergriffen werden, insbesondere durch die Festsetzung einer Höchstgrenze, die nur mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums übersteigt werden darf, sowie durch Erlass von budgetären Normalvorschriften für die Haushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Außerdem darf kein Land das Zuschlagsrecht erhalten, solange es nicht seine Verwaltungsreform gründlich durchgeführt hat. Endlich möchte auch das Erkennungsminimum zu den Zuschlägen in beschränktem Maße miterangezogen werden, damit bei der Entscheidung über die Höhe der Zuschläge nicht der Schwerpunkt in die Schichten verlegt wird, die sonst selbst gar nichts dazu beitragen würden, und damit auch diese Kreise an einer sparsamen Finanzwirtschaft persönlich interessiert werden.

Man möchte mit Prophezeiung begabt sein, um vorauszusehen, was sich schließlich aus den parlamentarischen Verhandlungen, bei denen ein so tiefrückendes und weitaußschauendes Problem gelöst werden soll, herauskönnen wird. Da Reichskontrollrecht und Beseitigung des Garantieprinzips starken Widerstand in den Ländern und Gemeinden begegnen, und da Bayern vor zwei Jahren seine fünfjährige Zustimmung zum endgültigen Finanzausgleich von der Bevölkerung gewisser bayrischer Sonderwünsche abhängt gemacht hat, so ist mit der Gefahr zu rechnen, daß wieder nichts Endgültiges herauskommt, sondern nur ein neuer Kompromiß über die Höhe der Überweisungen und über ihre Berechnung nach einem anderen Verteilungsschlüssel abgeschlossen wird. Das würde dann die Ansicht bestätigen, daß ohne eine vorgängige Verwaltungsreform mit genauer Abgrenzung der Zuständigkeiten von Reich, Ländern und Gemeinden die gründliche Vereinfachung des finanziellen Verhältnisses zwischen den drei Faktoren nicht zu erreichen ist. In diesem Sinne ist es auch bedeutsam, daß das Gutachten des Finanzausschusses der Länderkonferenz über Maßnahmen zur Erzielung stärkerer Sparsamkeit in Reich, Ländern und Gemeinden noch im Laufe dieses Monats veröffentlicht werden soll, damit es ebenso wie die eingangs erwähnte Denkschrift des Statistischen Reichsamts als Unterlage für die Verhandlungen über den Finanzausgleich dienen kann.

Das Zentrum hat Angst vor Neuwahlen

Man fürchtet den Übergang der Arbeiter zur Sozialdemokratie

(Dramatreibung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Okt. Wie wir aus bietigen Zentrumskreisen erfahren, treffen die jetzt durch die Presse gehenden Nachrichten, daß sich der Parteivorhängende des Zentrums, der frühere Reichslandrat Dr. Marx, mit dem Gedanken des Rücktritts von seinem Parteiamt trage, zu. Allerdings wird zu verstehen gegeben, daß diese Rücktrittspläne ihren Grund nicht in rein persönlichen Motiven haben — es wird gesagt, daß Dr. Marx aus Gefundensrücksichten das Amt des Parteivorsitzenden nicht länger bekleiden möge — sondern daß auch politische Momente darin mitspielen. Dr. Marx hat sich bekanntlich dafür eingekämpft, daß das Zentrum sich der gegenwärtig sozialistisch beherrschten Reichsregierung gegenüber reserviert verhalte, daß es sich an diese Regierung nicht binden, da keine Aussicht besteht, durch die Teilnahme an der derzeitigen Reichsregierung die Interessen der kirchlich gerichteten Bevölkerungsgruppe fördern zu können. Dr. Marx hatte diese These, die er öffentlich auch auf dem Reichstagsitag in Magdeburg vertrat, vor allem damit getragen, daß unter der Herrschaft des Herrn Severing im Reichsinnenministerium selbstverständlich niemals ein die christliche Elternschaft befriedigendes Schulgesetz geschaffen werden würde. Gegen die Anschauungen von Dr. Marx steht nun

innerhalb des Zentrums ein heftiger Kampf ein, der dadurch nicht an Schärfe verlor, daß die große Offenheit so gut wie nichts von ihm erfuhr. Die linksgereichten Zentrumskreise, die mit der Sozialdemokratie sympathisieren, erklären, daß eine den Anschauungen des Parteivorsitzenden entsprechende Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums dazu führen müsse, daß die gegenwärtige Regierung über kurz oder lang stirzt. Ein Sturz der Regierung würde aber eine Reichstagssäuselung zur Folge haben müssen, da ja keine Aussicht vorhanden sei, in diesem Reichstag noch eine andere Regierung bilden zu können, die über eine Mehrheit verfügen würde.

Eine Reichstagssäuselung im gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch, die im Zeichen großer wirtschaftlicher Auseinandersetzungen wie der im letzten Deutschen und im Zeichen einer abschließenden Wirtschaftskonjunktur steht, könnte auch dem Zentrum nicht gut bekommen, da die Gefahr, daß Neuwahlen vor allem die radikalen Richtungen begünstigen würden, nicht zu verkennen sei.

Doch jetzt das kommunistische Volksbegehren ergebnislos ausgelaufen sei, dürfte nicht dahin gedeutet werden, als ob die Kommunisten bei Reichstagswahlen auch mit einer Niederlage zu rechnen hätten. Für das Zentrum läge vor allem in Betracht, daß große Teile der ihm angehörenden Arbeiterschaft sich ohne weiteres der Sozialdemokratie anschließen würden. Es sei daher zweckmäßiger, die derzeitige Reichsregierung gegen entsprechende Zugeständnisse — Abgabe eines weiteren und vor allem einschneidenden Ministeriums an das Zentrum — zu unterstützen. Nun dürften es aber nicht nur diese gegen seine politischen Anschauungen vorgebrachten Einwände sein, die Dr. Marx veranlassen, der politischen Arena des Rüdens zu fehren. Dazu kommt noch, daß ihm, dem einzigen Reichspräsidenten-Kandidaten des „Volksbloks“ der Vorwurf gemacht wird, er hätte sich

am sehr nach rechts entwickelt

und es würde unter seiner Leitung der Partei schwer sein, die unzufriedene christliche Arbeiterschaft, die unter dem Einfluß der Agitation der Linken eine stärkere Betonung des sozialen als der christlichen Momenten des Partei fordere, beim Zentrum zu halten. Dr. Marx steht mit Recht solche Vorwürfe als gänzlich unbegründet an. Jedemfalls hat all das zusammen wohl nun dazu geführt, Dr. Marx zu veranlassen, die Leitung der Partei anderen Händen zu überlassen. Wer als sein Nachfolger in Betracht kommt, ist jetzt noch äußerst ungewiß, und

die Kämpfe um die Nachfolge

dürften innerhalb des Zentrums doch erheblich größer sein, als man zugestehen will. Daß der in einigen Kombinationen bereitete Nachfolger der christlichen Gewerkschaften, Dr. Stegerwald, an die Stelle von Dr. Marx tritt, dürfte ähnlich unwahrscheinlich sein, da Dr. Stegerwald der Vorwurf gemacht wird, daß er ein rechtsstrebender Mann sei. Mehr Aussicht hätte schon der Abgeordnete Joos, dessen Name vor allem auch von den Jugendverbänden des Zentrums propagiert wird. Ob er aber Parteivorhängender wird, steht zurzeit noch ganz dahin.

Um die deutschnationalen Parteiführung

(Dramatreibung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Okt. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist heute vormittag um 10 Uhr zusammengetreten. Soweit verlautet, befaßt er sich mit der Erörterung über die Möglichkeiten einer Parteiführung durch ein Dreitorum aus drei gleichberechtigten Vertretern. Beschlüsse des Parteivorstandes sind noch Vage der Tages nicht

zu erwarten, da dieser den Entschlüssen der heute um 8 Uhr nachmittags beginnenden Sitzung der Parteivertreter nicht voreilen kann. Auf Grund der internen Besprechungen, die im Verlauf des gestrigen Tages und heutigen Vormittags zwischen den verschiedenen Landesverbänden stattgefunden haben, besteht der Eindruck, daß der Gedanke des Direktoriums unter Einfluß des Abgeordneten Dr. Eugenberg erheblich an Boden gewonnen hat. — Die heutige Tagung der Parteivertreter wird durch Referate über die politische Lage eröffnet werden, denen jedoch nur eine einleitende Bedeutung zukommt. Die ganze weitere Tagesordnung dürfte sich in dem Punkte „Wählen“, d. h. Erledigung der Führerfrage, entspannen. Ob die Wahl eines Einzelführers, wie es den bisherigen Sitzungen der Partei entspricht, oder nach entsprechender Sitzungsänderung die eines Direktoriums erfolgt, hängt von den jetzt noch schwierigen Besprechungen bzw. vom Verlauf der Sitzung der Parteivertreter selbst ab. In beiden Fällen dürften die von den schon genannten 17 Landesverbänden zu der Führerfrage zu erwartenden Vorschläge als die aussichtreichsten angesehen werden, zumal sich fünf weitere Landesverbände gründlich diesen Vorschlägen anschließen dürften.

Ein neues Entlastungsbargument für Huhmann

Berl., 20. Okt. Die „Buerische Zeitung“ veröffentlicht eine Nachricht in der Angelegenheit der noch ungeklärten Verluste der bei Huhmann gefundenen Blutstropfen. Danach wurde gleichzeitig mit der Reisekneipe des Burschenhüters in einem Saal des selben Hotels ein Abiturientenkommers abgehalten, an dem Huhmann vorübergehend teilnahm. Bei einem Schlag mit einem Schläger auf den Biertritt sei dem neben Huhmann sitzenden Studenten Jabolinski ein Stück von der Klinge des Schlägers heruntergestiegen ins Gesicht geslagen, doch Jabolinski habe zu bluten anfangen. Es wäre nun, so sagt das Blatt, durchaus wahrscheinlich, daß bei diesem Zwischenfall Blutstropfen des Jabolinski auf Huhmann gesprungen seien. Es bedürfe nur der Vermehrung der Herren, die den Vorfall beobachtet hätten, und einer Untersuchung, ob das Blut des Herrn Jabolinski zur Gruppe A gehört, wie das bei Huhmann gefundenen Blut.

Im Huhmann-Prozeß ist möglicherweise eine neue Wendung zu erwarten. Rektor Daube hat heute früh einen Brief bekommen, von dessen Inhalt er dem Gericht Mitteilung macht. Das Gericht scheint dem Schreiber folgende Wichtigkeit beizumessen, daß Herr Daube sofort zum Gericht geladen wurde. Heute vormittag 9 Uhr begann im Garten der Pflegeeltern des Huhmann, wo das Messer gefunden wurde, der Prozeßtermin. Eine Klärung bezüglich des Messers ist nicht eingetreten. Im Hause wurde dann eine Untersuchung darüber ange stellt, ob man im Schlafzimmer und im Arbeitszimmer des Huhmann das Telephonläuten hören kann. Es stellte sich heraus, daß man im Schlafzimmer, im Klosett und im Arbeitszimmer das Klingeln nicht hören kann, wohl aber auf der Treppe.

Englands indische Sorgen

Mitteilung des Rücktritts Lord Birkenheads

London, 20. Okt. Gleichzeitig mit der amtlichen Bekanntgabe des Rücktritts Lord Birkenheads und der Ernennung Lord Peels zum Staatssekretär für Indien veröffentlichten die Morgenblätter den Schriftwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten Baldwin und Birkenhead. Birkenhead steht in seinem Brief an den Ministerpräsidenten fest, daß er die Politik für immer verlässt, aber hofft, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Oberhauses gelegentlich dem Lande dienst oder jene inoffizielle Hilfe leisten zu können. Baldwin beschreibt in seiner Erwidерung das Ausscheiden Birkenheads als einen unschätzbaren Verlust für das Kabinett. In dankbarer Tugend sei Birkenhead ein Turm der Stärke und stets ein großzügiger Kollege und loyaler Freund gewesen. In Beantwortung werden die Verbündeten Lord Birkenheads für Großbritannien unterstützen. Die halböffentliche „Morningpost“ gibt der Bevölkerung darüber Ausdruck, daß das Ausscheiden Birkenheads in einem Augenblick erfolge, in dem die Zukunft Indiens Anlaß zur Sorge gebe, die durch das Empfang der Simonkommission nicht beseitigt worden sei. In der kommenden Zeit, wenn die große Frage der Übertragung eines konstitutionellen Systems auf Indien erneut aufgerollt werde, brauche das Staatssekretariat für Indien einen Führer, der Stärke und Weisheit vereinige.

Zusammenbruch des Generalstreiks in Godz

Auch die Textilarbeiter nehmen die Arbeit wieder auf

Godz, 20. Okt. Ohne sich um irgendwelche Beschlüsse zu kümmern, beginnen die Arbeiter wieder in ihre Betriebe zurückzukehren. Auch in der Textilindustrie kann von einem solidarischen Streik nicht mehr gesprochen werden. In den großen Betrieben wie Krusche, Kindler, Geyer und der Wiener Manufaktur ist schon im Laufe des gestrigen Tages der Arbeit wieder aufgenommen worden. Man rechnet damit, daß heute noch größere Arbeitergruppen zu den Scharen der Arbeitswilligen hohen werden. (W. T. B.)

Kommunisten wollen einen wilden Streik erzwingen

Hamburg, 20. Oktober. Im Verlaufe von Zusammenstößen, die gestern nachmittag zwischen Teilnehmern einer kommunistischen Versammlung und von der Arbeit ausziehenden Textilarbeitern erfolgten, wobei die letzteren vielfach belästigt, geschlagen und bis in die Straßenbahnen verfolgt wurden, muhte die Polizei an zwei Stellen eingreifen, um die Menge zu zerstreuen und den Straßenbahnen die Weiterfahrt zu ermöglichen. Es handelt sich um einen kommunistischen Versuch, einen wilden Streik im Hafen zu erzwingen. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um neue Zusammenstöße zu verhindern. (W. T. B.)

Hamburg, 20. Oktober. Hier wurde ein Angehöriger des Reichsbanners plötzlich von zwei Leuten, die das Abzeichen des Rotfrontkämpferbundes trugen, überfallen und durch einen Messerstich in die Brust verletzt. Die Täter sind entkommen.

Ausschreitungen französischer Kommunisten

Paris, 20. Okt. Havas meldet aus Troyes: Die von der Kommunistischen Partei für gestern angelegte Kundgebung, um gegen die Verurteilung eines verantwortlichen Redakteurs wegen Aufzettung von Militärs zum Ungehorsam zu protestieren, war von der Polizei verboten worden. Da die Kommunisten trotz dieses Verbotes demonstrierten, griff die Polizei in Stärke von 200 Mann ein und zerstreute die Manifestanten, wobei es zu einem Zusammenstoß kam, in dessen Verlauf 12 Personen verhaftet wurden.

Weltkongress der Gläubiger Russlands

Teilnahme deutscher Banken

Roma, 19. Oktober. Wie aus Moskau gemeldet wird, soll am 28. Oktober in London ein Weltkongress der Gläubiger Russlands eröffnet werden. Auf dem Kongreß sollen anwesend sein Uquart, Deterding, Charles Ginsburg und andere Gläubiger der Sowjetregierung. Das Programm sieht vor allem eine Aussprache über die Entschädigung für die nationalisierten Besitzungen in Russland vor. Die Sowjetregierung teilt hierzu mit, daß sie keinerlei Verhandlungen vom Verbande der Kreditoren entgegennehmen werde und auch keinerlei Verhandlungen mit diesem Verbande einzugehen beabsichtige. Die letzte Erklärung des Kreditorenverbandes in Paris hat die Sowjetregierung unbestritten gelassen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort bekannt geworden, daß sich eine Gruppe deutscher Banken unter

Starke Arbeitslosigkeit im Winter

Borbengungsmaßnahmen des Arbeitsministers

Berlin, 20. Okt. Der Reichsarbeitssminister hat sich an die Reichsressorts mit einem Erlass gewandt, in dem es u. a. heißt: Die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt ist in diesem Jahre früh eingetreten. Die Konjunktur ist in einer Reihe wichtiger Industriezweige im Befallszeitraum seit einer Reihe von Monaten im Rückgang, der sich auf den Arbeitsmarkt auswirkt beginnt. Die Zahl der Unterstübungsempläne in der Arbeitslosenversicherung zeigte am 15. August zum ersten Male eine, wenn auch nur geringe Zunahme, die sich auch in der Zeit bis zum 31. August fortgesetzt hat. Es ist für den Winter mit einer starken Steigerung der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Möglichkeiten, die vorhandenen Arbeitsangelegenheiten durch öffentliche Notstandsarbeiten aufzurüsten, sind in diesem Jahre infolge der knappen Geldmittel, die für diese Zwecke zur Verfügung stehen, recht gering. Es darf daher im Einverständnis mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister bitten, die Vergabeungstellen für öffentliche Aufträge auf die Sache ausverkauft zu machen und sie anzubauen, die Aufträge, die sie im Laufe dieses Haushaltjahrs noch zu vergeben haben, in den nächsten Monaten zu verteilen und die Frist nach Möglichkeit so zu stellen, daß die Betriebe vor allem in den Monaten November bis Februar mit diesen Aufträgen beschäftigt sind.

England behält die Falklandinseln

London, 20. Okt. Die vor einiger Zeit zwischen Großbritannien und Argentinien ausgetauschte Schriftwechsel über das Hoheitsrecht an den Falklandinseln ist in Buenos Aires veröffentlicht worden. Großbritannien protestiert gegen die Errichtung einer drahtilosen Station auf den Falklandinseln, die Argentinien für meteorologische Zwecke errichtet. Argentinien hält trotz der Tatsache, daß die britische Flagge seit mehr als hundert Jahren über den Falklandinseln weht, an seinem Besitzrecht fest. Der Schriftwechsel soll die Haltung der argentinischen Regierung gegenüber dem Falkland-Pakt beeinflussen. Aus dem Schriftwechsel ergibt sich weiterhin mit aller Deutlichkeit, daß auf englischer Seite nicht die geringste Meinung besteht, die Inseln an Argentinien zurückzugeben.

Bei jedem Gang, aufgetriebenem Geh, über schlüssiger Magenläuse, Kopfweh, Erregbarkeit, Angstgefühlen, allgemeinem Unbehagen, Blattigkeit beförbert das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser mühselos und schmerzfrei leichte Entleerungen. Die bedeutenden Hersteller des Jahrhunderts haben das Franz-Josef-Wasser bei Männern, Frauen und Kindern mit vollem Erfolge angewendet.